

Die Erhard-Biographie von Volker Hentschel*

Gelesen und besprochen von Yorck Dietrich

Kein deutscher Staatsmann der Nachkriegszeit, auch Adenauer nicht, wird so gerne zitiert, auf keinen berufen sich Politiker aller Couleur so häufig wie auf Ludwig Erhard. Und doch fehlte bis vor einem Jahr eine umfangreiche, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Erhard-Biographie, falls man nicht das spannend geschriebene Buch von Daniel Koerfer über die Rivalität zwischen Adenauer und Erhard als solche ansehen will.¹ Aber auch in dieser unverkennbar von Sympathie für den Wirtschaftsminister geprägten Darstellung gewinnt Erhard erst durch den Kontrast Gestalt. Die Diskrepanz zwischen der öffentlichen Wertschätzung und der wissenschaftlichen Würdigung ist unbestreitbar.

Mit diesem Paradox sah sich auch Volker Hentschel konfrontiert, Autor der ersten umfassenden Erhard-Biographie. Er löste das Problem, wie man aus den entrüsteten Reaktionen der ersten Rezensenten weiß, auf sehr einfache Weise: Er erklärt Erhard zu einem unbedeutenden, wenig talentierten Mann, ausgestattet allenfalls mit einer gewissen rhetorischen Begabung und einem übertriebenen Selbstgefühl, der, von den Umwälzungen nach dem Zusammenbruch hochgespült, in der Situation von 1948 eine glückliche Hand bewies, vielleicht auch in den Jahren danach noch einiges leistete, ab 1955 sein Amt nur mehr schlecht als recht verwaltend, um, getragen von einem früh entstandenen, scheinbar unverwüstlichen Mythos, die Kanzlerschaft anzustreben, nach deren Erreichen er um so schonungsloser demontiert wurde.² Erst das Bedürfnis der CDU nach einer Rückbesinnung auf frühere Erfolge habe ihm seit den siebziger Jahren zu einem unverdienten Nachruhm verholfen.³

Nun ist Hentschel als Biograph eines Wirtschaftspolitikers denkbar ungeeignet. Er macht keinen Hehl aus seiner Ansicht, daß die Wirtschaftspolitik zum Wohlergehen eines Landes allenfalls marginale Beiträge liefern könne.

* Volker HENTSCHEL: *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, Olzog-Verlag, München und Landsberg am Lech 1996, 712 S.

¹ Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987. Außerdem: Michael K. CARO, *Der Volkskanzler. Ludwig Erhard*, Köln-Berlin 1965; Jess LUKOMSKI, *Ludwig Erhard. Der Mensch und der Politiker*, Düsseldorf-Wien 1965; Volkhard LAITENBERGER, *Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker*, Göttingen-Zürich 1986.

² Schlüsselpassagen: V. HENTSCHEL, S. 38 f., 56, 197, 227 f., 385, 407.

³ Ebd., S. 660.

Bestimmend seien die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, makroökonomische Angebots- und Nachfragefaktoren.⁴ Mit dem ordnungspolitischen Denken deutscher Provenienz kann er wenig anfangen – wie auch manche durchaus liberal orientierte Ökonomen.⁵ Man kann sich vorstellen, daß andere Wirtschaftspolitiker in Hentschels Augen ebenso wenig Gnade gefunden hätten. Das beste, was ein Wirtschaftsminister tun könne, sei, die Zeichen der Zeit zu erkennen und Hindernisse auf dem vorgegebenen Weg der Volkswirtschaft beiseite zu räumen. Genau das habe Erhard 1948 getan. Anschließend war die wirtschaftliche Entwicklung ein Selbstläufer, Erhards Leistungen hätte es nicht bedurft, selbst wenn er noch etwas geleistet hätte. Die Aufgaben des Wirtschaftsministers könnten heutzutage genauso gut vom Finanzminister wahrgenommen werden.⁶

Dies muß vorausgeschickt werden, wenn man Hentschels Buch gerecht werden will. Hat er seine Aufgabe als so undankbar empfunden, daß er sich durch ständige, oft hämische Ironie Erleichterung verschaffen mußte? Aber man muß Hentschels wirtschaftspolitische Anschauungen nicht teilen, um mit Erhards Biographie Schwierigkeiten zu haben. Dem Menschen Erhard fehlt die Ambivalenz, die ihn für ein der Belletristik so nahestehendes Genre interessant machen würde. Den unbekannten Erhard, der erst entdeckt werden mußte, gibt es offenbar nicht. Bei kaum einem anderen Politiker scheinen Rhetorik und Handeln so weitgehend übereinzustimmen. Steckt hinter dem herzerfrischenden Streiter gegen »seelenlosen Kollektivismus«, »mechanistische Bürokratie« und wie die Phrasen alle lauteten, über die sich Hentschel ständig mokiert, noch ein zweiter, origineller, skeptischer Erhard, der wirkliche Sympathie wecken könnte?

Doch gibt es einen *Bruch im Leben Erhards*. Dieser Bruch liefert einen Schlüssel zu Person und Wirken des Wirtschaftsministers, er hilft aber vor allem, das abfällige Urteil Hentschels zu erklären. Es ist die Diskrepanz zwischen der bedeutungslosen ersten und der um so bedeutenderen zweiten Lebenshälfte Erhards. Und man kann Hentschel das Verdienst nicht absprechen, Tatsachen, die bekannt waren oder die zumindest jeder hätte wissen können, nachdrücklich in Erinnerung gerufen zu haben.

Der Mann, der 1945 von den Amerikanern zum bayerischen Wirtschaftsminister ernannt wurde, war zwar keine verkrachte Existenz, aber er hatte auch keinen Lebenslauf vorzuweisen, der in einer Leistungsgesellschaft

4 Ebd., S. 171 f. 394 f., 615 f.

5 So bezeichnet der Erhard sehr gewogene Herbert Giersch die Jahre 1950 bis 1955 als »time of spontaneous growth« und mißt den ordnungspolitischen Reformen der fünfziger Jahre nur geringe Bedeutung für den Aufschwung bei – sie hätten ihn zumindest nicht behindert. Herbert GIERSCHE/Karl-Heinz PAQUE/Holger SCHMIEDING, *The fading miracle. Four decades of market economy in Germany*, 3. Aufl. Cambridge 1994, S. 65, 79-87.

6 V. HENTSCHEL, S. 469.

besondere Anerkennung finden würde. Er war ein Langzeitstudent, auch nach heutigen Maßstäben, der sich nur schwer zu einem Berufseinstieg entschließen konnte. Am auffallendsten ist die zwei- bis dreijährige Lücke in Erhards Lebenslauf, von Ende 1925 bis zu seinem Eintritt in das »Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware« 1928. Alle bisherigen Darstellungen übergangen diese Jahre mit fadenscheinigen Formulierungen.⁷ Nach Lektüre der ersten Rezensionen hatte ich mich darauf gefreut, welche Entdeckungen Hentschel vermelden würde, konnte man doch annehmen, daß er keine Gelegenheit ausgelassen hatte, für Erhard Peinliches zutage zu fördern. Doch er muß passen: »Wovon die junge Familie in Erhards Frankfurter Studienzeit lebte, ist unerfindlich. Wovon sie in den nächsten drei Jahren lebte, auch.«⁸

Im Institut für Wirtschaftsbeobachtung und einem nur aus ihm selbst bestehenden Institut für Industrieforschung – einer Art ABM-Stelle – überdauerte der künftige Wirtschaftsminister die Weltwirtschaftskrise und den Weltkrieg. Die Version, nach der ihn das NS-Regime oder seine persönliche Unbeugsamkeit an einer wissenschaftlichen Karriere gehindert hätten⁹, wird man nach Hentschels Forschungen kaum mehr aufrechterhalten können, nicht weil an Erhards Integrität zu zweifeln wäre, sondern weil es ihm an wissenschaftlicher Begabung fehlte. Und doch – Erhards Selbstbewußtsein ging aus den Jahren der Erfolglosigkeit unbeschädigt hervor. Kaum war er durch eine Verkettung von Zufällen bayerischer Wirtschaftsminister geworden, verkündete er, Bayern sei für einen Fachmann seines Kalibers zu klein.¹⁰

Der weitere Weg Erhards in die Politik ist bekannt. Er war einer der Außenseiter, die in der Zeit vom Zusammenbruch bis etwa 1950 oft wichtige Rollen in den »bürgerlichen« Parteien spielten. Fast alle wurden bald auf einflußlose Posten abgeschoben oder verschwanden in der Versenkung. Beinahe wäre es Erhard in der »Korea-Krise« 1950/51 ebenso ergangen. Zusammen mit Eugen Gerstenmaier gehörte Erhard aber zu den wenigen dieser Persönlichkeiten in der CDU, die sich halten konnten und ihre Stellung sogar noch festigten. Mit Gerstenmaier hatte er auch gemeinsam, daß er Protestant war – wenngleich ohne Verwurzelung im kirchlichen Bereich – und keine

7 D. KOERFER (wie Anm. 1), S. 24, rezipiert die »offizielle« Version, nach der Erhard sich nach Abschluß seines Studiums 1925 um das elterliche Geschäft »kümmerte« und nach dessen unvermeidlicher Schließung 1928 an das Nürnberger Institut ging. Sollte er tatsächlich drei Jahre damit verbracht haben, so müßte man folgern, daß das Geschäft nicht an den Spätfolgen der Inflation, sondern an der Leitung durch Erhard zugrunde ging. Nach J. LUKOMSKI (wie Anm. 1), S. 38 f., wurde das Geschäft 1928 aufgegeben, während V. LAITENBERGER (wie Anm. 1), S. 18, nur erwähnt, daß Erhard 1925 »Geschäftsführer« wurde, das Ende aber offen läßt.

8 V. HENTSCHEL, S. 17.

9 So z.B. bei M.K. CARO (wie Anm. 1), S. 28; V. LAITENBERGER (wie Anm. 1), S. 25.

10 D. KOERFER (wie Anm. 1), S. 31.

politische Erfahrung aus der Weimarer Zeit mitbrachte, daher nicht auf ein Netz von Beziehungen zurückgreifen konnte und über keine Hausmacht verfügte. Politikern mit Zentrumsvergangenheit, wie Konrad Adenauer, Heinrich Krone oder Otto Lenz, war er als unabhängiger Liberaler, Protestant und vor allem als politischer Dilettant zutiefst suspekt.

Aus dieser Ecke stammen denn auch die frühesten und bissigsten der negativen Urteile, von denen die Quellen voll sind und von denen Hentschel ausgiebig Gebrauch macht.¹¹ Zum christlich-sozialen Gewerkschaftsflügel der CDU gewann Erhard ohnehin nie ein gutes Verhältnis. Aber auch die politischen Freunde des Wirtschaftsministers konnten nicht umhin, sich immer wieder über seine Ungeschicklichkeit, Selbstgefälligkeit und vermeintliche Naivität zu mokieren. So muß man in den Akten nicht lange nach abfälligen Bemerkungen über Erhard suchen.

Erhard war aber nicht nur aufgrund seiner Biographie ein Außenseiter. Er war es auch aufgrund seiner selbstgewählten Stellung im wirtschaftspolitischen Kräftefeld. Hentschel ist zuzustimmen, daß die *Hinwendung Erhards zu den »Neoliberalen«* erst nach Kriegsende erfolgte.¹² Dennoch würde ich nicht so weit gehen zu behaupten, daß sich von den Ansichten des späteren Wirtschaftsministers nichts beim »frühen« Erhard wiederfindet. Zwar hat er die sozialreformerischen Ideen seines Lehrers Franz Oppenheimer, soweit erkennbar, nicht aufgegriffen. Aber das Eintreten für eine »soziale« Marktwirtschaft war in seinem Bildungsweg durchaus als Möglichkeit angelegt. Im übrigen wird es immer problematisch bleiben, aus den wenigen Schriften Erhards vor 1945 – und er war kein Vielschreiber! – seine wirtschaftspolitischen Auffassungen rekonstruieren zu wollen.¹³

Hentschel erkennt die starke Beeinflussung durch Röpke bzw. die häufige Übernahme seiner aktuellen wirtschaftspolitischen Forderungen.¹⁴ Für Erhard charakteristisch war allerdings, daß er Röpkes an Oppenheimer erinnernde Idee einer »Vitalpolitik«, einer umfassenden sozialen Strukturreform, nicht mit übernahm. Man mag das – wie Hentschel wohl andeuten möchte – als Zeichen sozialpolitischen Desinteresses, gar »sozialer Kälte« sehen, man kann es aber auch als Beweis dafür anführen, daß Erhard pragmatischer und realistischer war, als es manche seiner Lobredner heute wahrhaben möchten.

11 OTTO LENZ, *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953*, bearb. von Klaus GOTTO u.a. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 11), Düsseldorf 1988; HEINRICH KRONE, *Tagebücher*, Bd. 1: 1945-1961, bearb. von Hans-Otto KLEINMANN (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 28), Düsseldorf 1995.

12 V. HENTSCHEL, S. 45 f.

13 Genau dies versucht aber Horst Friedrich WÜNSCHE, *Ludwig Erhards Gesellschafts- und Wirtschaftskonzeption. Soziale Marktwirtschaft als politische Ökonomie*, Stuttgart 1986.

14 V. HENTSCHEL, S. 64-67.

Trotz dieser im großen und ganzen zutreffenden Feststellungen gelangt Hentschel nicht dazu, Erhards Stellung und Funktion in der kleinen, aber vielschichtigen Gruppe der Neoliberalen (wie wir sie in Ermangelung eines besseren Namens nennen wollen) angemessen zu bewerten. Das ist um so erstaunlicher, als seine zentrale These – der Wirtschaftsminister habe spätestens seit 1955 kaum noch etwas zustande gebracht – auffallende Parallelen gerade in neoliberal geprägten Sichtweisen hat. Die Neoliberalen wollten Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands von Verkrustungen befreien, unter denen sie seit der Kaiserzeit gelitten hatte. Öffnung nach außen, Brechung von Kartellen und Monopolen im Innern, Abschaffung ständischer Privilegien, Stärkung von Verbrauchern, Sparern und Kleinaktionären, Verzicht auf kurzatmigen staatlichen Interventionismus – das waren ihre wesentlichen, gemeinsamen Ziele. Neben dem harten Kern – Eucken und Böhm, Röpke und Rüstow – gehörten dazu die Kölner Richtung um Alfred Müller-Armack, die heute kaum noch bekannten Juristen Harold Rasch und Walter Strauß, eine Reihe von Wirtschaftsjournalisten, einige maßgebende Wirtschaftsexperten der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, FDP und DP und schließlich viele Spitzenbeamte, vor allem im Wirtschaftsministerium.¹⁵

Erhards Bedeutung lag gerade darin, daß er die zentrale Figur dieser Kreise und Zirkel war. Auf ihn richteten sich ihre Hoffnungen, und seine Nähe suchten alle, die sich seinen tatsächlichen oder vermeintlichen Zielen verbunden fühlten. Weil Erhard sich für die Neoliberalen entschied und dies vernehmlich kundtat, gewann er zeitweilig angesehene und wortmächtige Verbündete. Die Neoliberalen fanden in ihm nicht nur einen politischen Vertreter, sondern auch einen publikumswirksamen Verkünder ihrer Ideen. Die Beziehung Erhards zu seinen Anhängern und Verbündeten trug unvermeidlich Züge einer enttäuschten Liebe. So viele, oft unterschiedliche Erwartungen, wie an ihn gerichtet wurden, hätte kein Mensch erfüllen können. Enttäuschungen konnten nicht ausbleiben. Nahmen die einen ihm übel, daß er sich einer grundlegenden Gesellschaftsreform verweigerte, so

15 Für die Ideengeschichte immer noch unverzichtbar: Egon Edgar NAWROTH, *Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus*, Heidelberg-Löwen 1961; Helmut Paul BECKER, *Die soziale Frage im Neoliberalismus. Analyse und Kritik*, Heidelberg-Löwen 1965; Reinhard BLUM, *Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus*, Tübingen 1969. Alle drei Verfasser stehen dem Neoliberalismus kritisch bis ablehnend gegenüber. Freundlich bis zustimmend dagegen: Friedrich August von HAYEK u.a., *Einleitung*, in: Wilhelm RÖPKE, *Die Lehre von der Wirtschaft*, 12. Aufl. Bern-Stuttgart 1979, S. XXXIV ff.; Hans G. NUTZINGER (Hrsg.), *Liberalismus im Kreuzfeuer. Thesen und Gegenthesen zu den Grundlagen der Wirtschaftspolitik*, Frankfurt/M. 1986; Anthony James NICHOLLS, *Freedom with responsibility. The Social Market Economy in Germany 1918-1963*, Oxford 1994; siehe auch den Forschungsüberblick von Joachim STARBATTY, in: *Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung* [= Erhard-Festschrift 1997], Düsseldorf 1997.

fühlten sich die anderen von ihm im Stich gelassen, weil er nicht massiver gegen den Wohlfahrtsstaat auftrat. Kritisierten Hardliner schon die zaghaftesten Versuche, die permanente Hochkonjunktur dämpfen zu wollen, so kam sein vermeintliches prozeßpolitisches Laissez-faire auch liberalen Makroökonomern unaufgeklärt, rat- und hilflos vor.

Keiner seiner Kritiker aus dem Kreise der Neoliberalen oder des Wirtschaftsflügels der CDU kam aber jemals auf die Idee, daß Erhard ersetzt werden könnte. Bis 1963 wurde kein ernstzunehmender Nachfolger genannt. Hentschel würde das wohl mit Erhards Unentbehrlichkeit als Wahllokomotive erklären.¹⁶ Doch warum blieb Erhards Abschied aus dem Wirtschaftsministerium weitgehend unbeachtet?¹⁷ Man ging offenbar davon aus, er werde auch als Kanzler die Wirtschaftspolitik bestimmen. Es mußte mit Karl Schiller erst eine neue wirtschaftspolitische Doktrin den Siegeszug antreten, bevor die Ära Erhard zu Ende ging.

Aufgabe einer wissenschaftlich anspruchsvollen Erhard-Biographie wäre es, Erhards Rolle als Zentralfigur des neoliberalen Spektrums zu analysieren. Die Extreme der möglichen Interpretationen sind aus der tagespolitischen Rhetorik bekannt: Man kann Erhard als den Motor marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik darstellen, als den Mann, von dem alle wichtigen Gesetzesvorhaben ausgingen, bei dem alle Fäden zusammenliefen, gleichermaßen bedeutend als Theoretiker und Praktiker. Oder aber als Vollstrecker vorgefertigter wissenschaftlicher Modelle, gar als Galionsfigur, als geschickten Kommunikator, der die Politik anderer Leute nur in eingängige Formeln kleidete. Es käme darauf an, festzustellen, wie groß sein Anteil an der Formulierung und Durchsetzung der Wirtschaftspolitik tatsächlich war. Hentschel ist sich beispielsweise der Bedeutung der Ministerialbürokratie im politischen Entscheidungsprozeß durchaus bewußt.¹⁸ Doch er macht keinen Versuch, die Rollenverteilung zwischen Minister und Ministerium näher zu analysieren, was seinen Grund sicherlich auch darin hat, daß die Ministerialbürokratie als Gegenstand historischer Forschung – ausgenommen vielleicht die Außenpolitik – nicht existiert. Wichtiger noch ist, daß der Historiker durch diesen Ansatz einen brauchbaren und akzeptablen Maßstab gewinnt, um Erfolg und Mißerfolg zu beurteilen. Hier geht es nicht darum, nachzuweisen, ob ohne Erhard das Wirtschaftswachstum ein oder zwei Zehntelprozente höher oder niedriger ausgefallen wäre. Man kann seine Leistung vielmehr an einem Maßstab bewerten, den er selbst und sein Umfeld angelegt hätten: der Umsetzung neoliberaler Ordnungsvorstellungen.

16 Vgl. V. HENTSCHEL, S. 488.

17 Auf diesen erstaunlichen Umstand hat jüngst Gerhard STOLTENBERG, *Wendepunkte. Stationen deutscher Politik 1947-1990*, Berlin 1997, hingewiesen.

18 V. HENTSCHEL, S. 127, 295, 299, 365 f.

Das Merkwürdige ist, daß Hentschels zentrale These, wie oben angedeutet, durchaus einem solchen Ansatz entspringen könnte. Es waren und sind nämlich gerade Neoliberale, die dazu tendieren, Erhards Wirken in zwei Phasen einzuteilen – eine Periode tatkräftig errungener ordnungspolitischer Erfolge und eine nachfolgende Zeit zunehmender Widerstände und Stagnation.¹⁹ Bisweilen auch wird die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik als Verfallsgeschichte beschrieben, angefangen vom ordnungspolitischen Durchbruch 1948 über den wachsenden Einfluß der »Vested Interests« bis zum vorläufigen Tiefpunkt der Durchsetzbarkeit marktwirtschaftlicher Politik in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren. Diese Sichtweise kommt dem Selbstverständnis Erhards und seiner Mitstreiter vielleicht noch mehr entgegen als die erste Variante.²⁰ Hentschel macht sich – wie unzählige Zeitgenossen Erhards – darüber lustig, daß der Wirtschaftsminister immer dann, wenn er tief in Schwierigkeiten steckte, »eine Erhard-Originalabfüllung, Spätlese 1948 ... entkorkte«, sich und seine Zuhörer selbstgefällig an die eigenen Verdienste beim Übergang zur Marktwirtschaft erinnerte.²¹ Erhard scheint geglaubt zu haben, 1948/49 ein Mandat erhalten zu haben, die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Schritt für Schritt im neoliberalen Sinne umzugestalten.

Diese zweite Version der Verfallsthese, nach der begonnene ordnungspolitische Reformen schon bald im Dickicht organisierter Interessen erstickt wurden, findet sich bereits in den fünfziger Jahren bei Anhängern Erhards, so bei Franz Etzel und dem damaligen Grundsatzreferenten und späteren Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium, Rolf Gocht. Als Beweis dafür, daß »Schritt für Schritt in den vergangenen ... Jahren der Einfluß von Interessengruppen auf die staatliche Politik zugenommen« habe, diene ihnen vor allem die Auseinandersetzung um das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz).²² Man hat den Eindruck, daß dieses Vorhaben für die Neoliberalen im Laufe der Jahre einen Symbolwert gewann, der in keinem Verhältnis zur tatsächlichen wirtschaftlichen Bedeutung stand. An der Durchsetzung des Kartellgesetzes sollte sich entscheiden, ob die Bundesrepublik Deutschland den Weg der Reform beschritt oder in alte schlechte Gewohnheiten zurückfiel. Ganz im Einklang mit dieser Sichtweise ist das Kartellgesetz fast das einzige neoliberal inspirierte Reformvorhaben,

19 So z.B. von Rainer KLUMP, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kritik neuerer wirtschaftshistorischer Interpretationen aus ordnungspolitischer Sicht*, Wiesbaden 1985, in der Auseinandersetzung mit Werner Abelshauser.

20 Vgl. die in Anm. 22 genannten Quellen.

21 Aus: *Der Spiegel*, zit. n. V. HENTSCHEL, S. 535.

22 Vgl. Yorck DIETRICH, *Eigentum für jeden. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950-1961* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 29), Düsseldorf 1996, S. 234-238 (Zitat S. 236 f.).

dem die Forschung bisher Beachtung geschenkt hat.²³ Dafür ist wohl auch die Tatsache verantwortlich, daß hier die Abhängigkeit von neo-, genauer: ordoliberalen, nämlich Euckenschen Vorstellungen ohne Schwierigkeiten nachzuweisen ist.

Ein anderer neoliberaler Topos war der Begriff von der »zweiten Phase« der Sozialen Marktwirtschaft.²⁴ Als Erhard ihn 1953 zum ersten (?) Mal verwendete, zielte er auf fortgesetzte wirtschaftliche Liberalisierung, wollte er »die noch außerhalb der Marktwirtschaft stehenden Bereiche mehr und mehr in jene Ordnung einbeziehen«. In den folgenden Jahren rückten sozialpolitische Forderungen zunehmend in den Vordergrund. Als Franz Etzel das Schlagwort im Bundestagswahlkampf 1957 erneut verwendete, standen ordnungs- und sozialpolitische Ziele schon gleichrangig nebeneinander: Es ging um Liberalisierung des Kapitalmarkts und eine breite Streuung des Vermögens. 1960 verstand Müller-Armack unter der »zweiten Phase« der Sozialen Marktwirtschaft »ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik«, gekennzeichnet durch verstärkte Bildungs-, Vermögens- und Umweltpolitik. Aus dieser Sicht äußerte sich das Erlahmen neoliberalen Reformwillens darin, daß es nicht gelang, nach der Wirtschaft auch die Gesellschaft durch eine neue Sozialpolitik umzugestalten.

Zu fragen ist also nicht, ob neoliberale Politik das Wirtschaftswunder ermöglichte, sondern ob überhaupt eine Wirtschaftspolitik betrieben wurde, die den Namen »neoliberal« verdient. Ein solcher Ansatz würde sich für Hentschel eigentlich anbieten, denn er stellt nicht die heroische Tat des Jahres 1948 in den Mittelpunkt seiner Darstellung (diese Ereignisse werden noch vor Seite 100 abgehandelt), sondern widmet sich ausführlich der Wirtschaftspolitik bis 1963.

Weder die These, daß die Durchsetzbarkeit neoliberaler Reformen nach 1948 stetig abnahm, noch diejenige, nach der es eine deutliche ordnungspolitische Zäsur gab, ist in dieser Schärfe haltbar. Man wird vielmehr für die ersten beiden Jahrzehnte nach der Währungsreform ein Auf und Ab des neoliberalen Einflusses auf die *Gesetzgebung* feststellen können, wobei sich das politische Klima seit 1959 allerdings spürbar verschlechterte. Wichtig ist, daß neoliberale Vorstellungen zu unterschiedlichen Zeiten auf unterschiedlichen Gebieten zur Geltung kamen, abhängig davon, ob sich

23 R. ROBERT, *Konzentrationspolitik in der Bundesrepublik. Das Beispiel der Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen*, Berlin 1976; Ursula BEYENBURG-WEIDENFELD, *Wettbewerbstheorie, Wirtschaftspolitik und Mittelstandsförderung 1948-1963. Die Mittelstandspolitik im Spannungsfeld zwischen wettbewerbstheoretischem Anspruch und wirtschaftspolitischem Pragmatismus* (VSWG-Beiheft 96), Stuttgart 1992, S. 175-213 (mit weiteren Nachweisen).

24 Dazu Y. DIETRICH, *Eigentum* (wie Anm. 22), S. 264 f., Anm. 190. Dort auch die folgenden Zitate.

in den Regierungsfractionen oder den Ministerien einflußreiche Fürsprecher dieser Anliegen annahmen.

Ein gutes, von der Forschung völlig vernachlässigtes Beispiel ist die Finanzpolitik. Anders als in der Wettbewerbspolitik gab es hier keine klaren, leicht greifbaren Vorgaben von neoliberaler Seite. »Neoliberale« Positionen wurden vielmehr im Wechselspiel zwischen Wissenschaft und Politik formuliert, in der tagesaktuellen Auseinandersetzung mit der Steuergesetzgebung der Wiederaufbaujahre. Sie begünstigte bekanntlich die Selbstfinanzierung der Unternehmen sowie den (Miet)wohnungsbau, was dem Wiederaufbau zugute kam, aber den Kapitalmarkt verkümmern ließ und zu einer sehr ungleichen Vermögensbildung unter den sozialen Schichten beitrug. Wilhelm Röpke hatte schon 1929 die Selbstfinanzierung als »Keim der Kapitalverschwendung« verdammt – eine der wenigen grundsätzlichen Äußerungen der bekannten Vertreter des Neoliberalismus, die sich auf die steuerpolitischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit anwenden läßt.²⁵ Röpke wurde auch nach 1948 nicht müde, in einer Vielzahl von Artikeln eine Kursänderung hin zu einem freien Kapitalmarkt zu fordern. Die Allokation des Kapitals dürfe nur über den Zins erfolgen. Man kann unschwer eine Parallele zu der Forderung nach dem »freien Preis« ziehen, wie ihn Eucken für die Gütermärkte verlangte.²⁶ Erhard und vor allem die Abteilung VI »Geld und Kredit« des Wirtschaftsministeriums machten sich diese »dogmatic liberal position« (Giersch)²⁷ zu eigen.

Seit 1956 argumentierte Erhard auch sozialpolitisch: Selbstfinanzierung führe zur Vermögenskonzentration. Doch gelangen ihm bis 1957 nur begrenzte Korrekturen, was auch an fehlenden steuerpolitischen Kompetenzen seines Ministeriums lag – trotz der hart erkämpften Übertragung von »Geld und Kredit« 1952. Brachten die Steuerreformen von 1953 und 1954 wenigstens Teilerfolge, so waren das Kapitalmarktförderungsgesetz vom Dezember 1952 und vor allem die Steueränderungsgesetze von 1956 Rückschläge bei der Liberalisierung des Kapitalmarkts. Ein Grund für Erhards Erfolglosigkeit war neben dem Widerstand Finanzminister Schäffers auch das Versäumnis der Wirtschaftsminister, sich der Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu versichern. So sahen es jedenfalls Erhards Freunde, allen voran Franz Etzel. Erst als sich der Wirtschaftsflügel der CDU unter Führung Etzels 1957 auf ein steuer- und kapitalmarktpolitisches Programm einigte, gelang der Durchbruch: Etzel löste nach der Wahl Fritz Schäffer als Finanzminister ab und verwirklichte 1958/59 eine Steuerreform, die diesen Namen verdiente.

25 Wilhelm RÖPKE, *Die Theorie der Kapitalbildung*, Tübingen 1929.

26 Dazu Y. DIETRICH, *Eigentum* (wie Anm. 22), S. 103-106, 114 f.

27 H. GIERSCHE u.a. (wie Anm. 5), S. 54.

Die Rolle Etzels ist das beste Beispiel dafür, welche Bedeutung Erhards Umfeld bei der Durchsetzung, ja Entwicklung neoliberaler Forderungen hatte. Mit den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 gelang ihm ein eigenständiger Beitrag zur wirtschaftspolitischen Programmatik. In den folgenden Jahren war er ein kritischer Begleiter von Erhards Wirtschaftspolitik, in Einzelfragen oft anderer Meinung, im Grundsatz übereinstimmend. Etzel versuchte, im Wirtschaftspolitischen Ausschuß der Bundes-CDU Professoren, Politiker und Unternehmer auf eine Linie zu bringen, was oft am Desinteresse Erhards scheiterte.²⁸

Hentschel erwähnt Erhards kapitalmarktpolitische Vorstellungen, die dann mit Hilfe Etzels teilweise durchgesetzt wurden, beiläufig, bezeichnet sie aber als »undurchdacht und wenig schlüssig, ... auch gänzlich unreal.«²⁹ Das ist ein krasses Fehlurteil. Fragwürdig an dem Programm war allenfalls die Verdammung der Selbstfinanzierung, auf die fast alle Mißstände in Wirtschaft und Gesellschaft zurückgeführt wurden – Preissteigerung, Unternehmens- und Vermögenskonzentration. Alles übrige ergab sich jedoch mit zwingender Konsequenz: Niedrigere Steuertarife und Abbau von Abschreibungsvergünstigungen, Finanzierung der Investitionen über den Kapitalmarkt und Heranführung der (Klein)sparer an den Aktienmarkt. Die derzeitige Diskussion über die Rückständigkeit des deutschen Kapitalmarkts zeigt, wie weitsichtig Erhards Forderungen waren.

Der Wiederbelebung des Aktienmarkts sollte auch eine grundlegende *Reform des Aktienrechts* dienen, die seit 1950 vom Wirtschaftsministerium gefordert wurde. Steuer- und Aktienrechtsreform bildeten für Erhard und Etzel eine Einheit; beide Vorhaben müssen aufeinander bezogen werden, um ein schlüssiges Gesamtkonzept zu ergeben. Hentschel erwähnt die Aktienrechtsreform überhaupt nicht. Das kann man ihm allerdings kaum zum Vorwurf machen – die historische Forschung hat von diesem zentralen Reformprojekt bisher keine Notiz genommen.³⁰

Dafür mag auch der Umstand verantwortlich sein, daß sich in den Schriften der – vermeintlichen – neoliberalen »Vordenker« nur wenig Erhellendes zu Fragen des Aktienrechts findet. Eucken und Böhm war – geht man nach ihren wenigen schriftlichen Äußerungen – die Rechtsform der Aktiengesellschaft überhaupt suspekt. Nach ihnen konnten sich die Reformer kaum richten, auch wenn sie sich gerne auf Eucken beriefen. Die Forderung nach einer Novellierung des Aktiengesetzes von 1937 wurde vor allem von Juristen erhoben, von denen Walter Strauß, der langjährige Staatssekretär im Justiz-

28 Yorck DIETRICH, *Franz Etzel als Finanzpolitiker*, in: HPM 2/1995, S. 173-187.

29 V. HENTSCHEL, S. 299.

30 Ein erster Versuch der Einordnung in die Wirtschafts- und Finanzpolitik bei Y. DIETRICH, *Eigentum* (wie Anm. 22), S. 106-109, 226-229, 315-319.

ministerium, und der als Publizist hervortretende Harold Rasch die bekanntesten waren. Man kann beide dem Umfeld des Neoliberalismus zurechnen. Strauß' Ministerium zeigte an der Reform jedoch wenig Interesse, so daß ein Referentenentwurf erst 1958 vorlag – im Jahr der Etzelschen Steuerreform. Dies rechtfertigt es, den Höhe- und Wendepunkt neoliberalen Einflusses auf die Wirtschaftspolitik im Jahre 1959 anzusetzen. Die Regierungsbildung von 1957 hatte mit der Ernennung der Erhard-Anhänger Etzel, Lindrath und Blank noch einmal einen marktwirtschaftlichen Reformschub ermöglicht. Den Machtkampf um die Präsidentennachfolge überstanden die wichtigsten Exponenten des Neoliberalismus, Erhard und Etzel, aber nicht unbeschadet. Die 1958 beginnende Kohlekrise zeigte überdies, daß die Kräfte der Strukturkonservierung stärker waren als angenommen. Die Aktienrechtsreform konnte bezeichnenderweise erst 1965 verabschiedet werden – ein Jahr vor der Vorlage des Stabilitätsgesetzes, das einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik einleitete.

Noch mehr als die Steuerpolitik zeigt die Auseinandersetzung um die Aktienrechtsreform, daß sich das Wirken der Neoliberalen in den Regierungsparteien und Ministerien nicht darauf beschränkte, vorgefertigte wissenschaftliche Entwürfe umzusetzen. Sie waren zum Teil schöpferisch tätig, indem sie neoliberale Grundsätze selbständig auf neue Sachgebiete anwendeten. Keinesfalls war Erhard in diesen Fragen allein der unermüdliche Anreger und Antreiber. Spitzenbeamte wie der erwähnte Walter Strauß, Ludwig Kattenstroth im Wirtschafts- und Fritz Schiettinger im Finanzministerium leisteten wichtige Beiträge.³¹ Aber ohne den Wirtschaftsminister hätte den Reformbestrebungen ein Zentrum gefehlt, auf das sich die Neoliberalen wie selbstverständlich bezogen.

Erhards ambivalente Rolle zeigt sich besonders am Beispiel der vermögenspolitischen Gesetzgebung, als deren Schöpfer er immer wieder dargestellt wurde. Seine Kritik an der steuerlichen Begünstigung der Selbstfinanzierung war zweifellos auch sozialpolitisch motiviert. Doch erhoffte er sich alles Heil von einem freien Kapitalmarkt; weitergehende Maßnahmen gegen die Vermögenskonzentration wie Sparprämien oder gar Investivlöhne lehnte er ab. Die *vermögenspolitische Gesetzgebung* wurde weitgehend ohne oder gegen Erhard durchgesetzt. Sein Einsatz für die »Volksaktie« war eine Ausnahme und beschränkte sich auf die Jahre 1956 bis 1958. Erhard stimmte in diesen Fragen mit der dogmatischen Position der Abteilung »Geld und Kredit« überein – gegen seine Grundsatzabteilung unter Müller-Armack und gegen sein Sozialreferat, das in der Vermögenspolitik sogar ein Einfallstor

31 Völlig verfehlt ist die Darstellung von Spitzenbeamten des Bundeswirtschaftsministeriums als geistig unselbständige Ministranten Erhards: V. HENTSCHEL, S. 365 f. Vgl. dagegen V. LAITENBERGER (wie Anm. 1), S. 87.

für christlich-soziale Forderungen war. Man kann Erhards Position aber auch nicht pauschal als »neoliberal« kennzeichnen. Er ignorierte nicht nur die Forderung Röpkes und Rüstows nach einer radikalen gesellschaftlichen Strukturreform hin zu mehr Kleineigentum, er teilte auch nicht die hohe Wertschätzung der privaten Ersparnis, die für viele Neoliberale so charakteristisch war. Auch betriebliche Partnerschaftsmodelle waren ihm unsympathisch. Hier zeigt sich ein pragmatischer, moderner Erhard, dessen Haltung der abnehmenden Bedeutung des Privatvermögens in der Nachkriegszeit durchaus gerecht wurde.³²

Erhards Haltung zur *Sozialpolitik* ist heute umstrittener denn je. Zwei Bilder stehen unvereinbar nebeneinander: Da gibt es den »harten« Erhard, auf den sich Kritiker des Wohlfahrtsstaates, Arbeitgeber und die Wirtschaftspresse berufen, den Warner vor einer Übersteigerung der Sozialsysteme und unermüdlichen Kämpfer gegen den kollektivistischen Moloch. Der »weiche« Erhard hingegen wird gerne von den CDU-Sozialausschüssen beschworen, von Blüm bis Eppelmann, gelegentlich auch von der SPD. Er habe für wachsenden Wohlstand gesorgt, den – dank der Sozialpolitik – alle genießen konnten.

Hentschel entscheidet sich für den »harten« Erhard, und er hat damit wohl recht, was dessen persönliche Einstellung betrifft.³³ Über Erhards Taten erfährt man hingegen wenig. Hentschel porträtiert ihn zwar als scharfen Gegner der Rentenreform von 1957, anders als Hans Günter Hockerts, dem zufolge nur Schäffers Finanzministerium frühzeitigen und grundsätzlichen Widerstand geleistet hat.³⁴ Doch kann auch Hentschel nicht bestreiten, daß Erhards Proteste erst einsetzten, als die wichtigsten Entscheidungen schon gefallen waren – zum Teil sogar mit seiner Zustimmung.³⁵ Die Angelegenheit, gegen im kleinen Kreis getroffene Entscheidungen nachträglich öffentlich zu wettern, war übrigens typisch für den Wirtschaftsminister. Er reagierte, so könnte man meinen, mit rhetorischen Pflichtübungen auf den Aufschrei seiner neoliberalen Verbündeten, allen voran Wilhelm Röpkes.

Wie wenig Erhard bereit war, etwas zur Eindämmung des Wohlfahrtsstaates zu unternehmen, zeigt sein Verhalten im Streit um die Krankenversicherungsreform. Arbeitsminister Theodor Blank gehörte zu den wenigen aufrichtigen Freunden und Bewunderern Erhards in den Sozialausschüssen.

32 Y. DIETRICH, *Eigentum* (wie Anm. 22), S. 238-241, 293.

33 V. HENTSCHEL, S. 83, 85, 648.

34 Ebd., S. 259-261. Dagegen Hans Günter HOCKERTS, *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957*, Stuttgart 1980.

35 V. HENTSCHEL, S. 271, 288. Auch die Belege, die Hentschel für Erhards ablehnende Haltung anführt, beziehen sich auf spätere Phasen der Auseinandersetzung. Siehe auch Y. DIETRICH, *Eigentum* (wie Anm. 22), S. 223 f.

Sein Ziel war es, den Kostenanstieg in der Krankenversicherung durch eine Reihe von Systemkorrekturen, darunter eine Selbstbeteiligung, zu bremsen, ohne die Qualität der Versorgung in Frage zu stellen. Erhard aber scheint das »Sozialpaket«, mit dem dieses Vorhaben 1962 zum zweiten Mal in Angriff genommen wurde, auch als Kanzler nicht hinreichend unterstützt zu haben; jedenfalls war Blank von ihm tief enttäuscht.³⁶ Daß Erhard den Wohlfahrtsstaat persönlich verabscheute, ist glaubhaft – der heroische Kämpfer gegen wuchernde Sozialsysteme, als den viele ihn heute sehen möchten, war er jedenfalls nicht.³⁷ Er respektierte strikt die ungeschriebene Aufgabenteilung in der CDU, nach der die Wirtschaftspolitiker für Wachstum zu sorgen hatten, dessen Früchte die »Sopos« dann verteilen durften – oder er interessierte sich einfach nicht für Sozialpolitik.³⁸

Die Gesundheitspolitik gehört zu den unerfreulichen Kapiteln der Regierung Adenauer. Das vom Ursprung her effiziente System der Gesetzlichen Krankenversicherung wurde allmählich – beginnend schon in Brüning's Zeiten – im Interesse der Leistungsanbieter umgestaltet, deren ständische Privilegien seither das größte Hindernis für eine wirkliche Reform sind. Daß Erhard sich nicht um alle Belange der Sozialpolitik kümmern konnte, ist einsichtig. Doch die Neoliberalen waren ideologisch auch wenig gerüstet für die Durchsetzung des Wettbewerbsprinzips beim Mittelstand und den freien Berufen. Denn vor allem Röpke und Rüstow sahen in diesen Schichten Bollwerke gegen die Gefahr der »Vermassung« und »Proletarisierung«. So verwundert es nicht, daß Erhard auch keine Einwände gegen die Wiederaufrichtung der Handwerksordnungen, namentlich den Großen Befähigungsnachweis, hatte.³⁹ Das Wirtschaftsministerium wurde sogar – ganz im Gegensatz zum Selbstbild seiner führenden Beamten – zu einer Bastion von Handwerksinteressen und betrieb des öfteren unverhüllt Lobbyismus.

Für die Zeit von *Erhards Kanzlerschaft* ist von Wirtschaftspolitik kaum noch die Rede. Hentschel tut es den von ihm in dieser Hinsicht zu Recht kritisierten Politikern nach und verlegt sich lieber auf die spannendere Außenpolitik.⁴⁰ Seitenlang werden diplomatische Aufzeichnungen von

36 V. HENTSCHEL erwähnt das Sozialpaket nur beiläufig: ebd., S. 468.

37 So sieht etwa Giersch in Erhard ein Bollwerk gegen den Ausbau der Sozialsysteme und des Staatsapparats: »After the political fall of Erhard, this last defensive line was simply swept away.« H. GIERSCHE u.a. (wie Anm. 5), S. 161. Vgl. Ursula WEIDENFELD, »Wohlstand für alle. Bonner Politiker streiten sich um das Erbe des ersten deutschen Wirtschaftsministers«, in: *Wirtschaftswoche* 6/30. Jan. 1997, S. 18-28, hier S. 27 f.

38 A.J. NICHOLLS (wie Anm. 15), S. 351, 394; Y. DIETRICH, *Eigentum* (wie Anm. 22), S. 131-134, 302 f. Bezeichnenderweise meldete sich Erhard auf dem Kieler Parteitag der CDU 1958, auf dem Gerstenmaier und Etzel mit Hans Katzer um den Begriff des »Versorgungsstaates« stritten, überhaupt nicht zu Wort.

39 U. BEYENBURG-WEIDENFELD (wie Anm. 23), S. 232.

40 Vgl. V. HENTSCHEL, S. 526.

Verhandlungen mit Johnson oder De Gaulle wiedergegeben (mehr oder weniger in indirekter Rede), um zu zeigen, was für ein Tölpel dieser Erhard doch war. Das ist schade, denn die Jahre 1963 bis 1966 waren von einer aufschlußreichen wirtschaftspolitischen Kontroverse geprägt: War eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik ausreichend oder bedurfte sie der Ergänzung durch eine antizyklische *Konjunkturpolitik*? In seiner Abneigung gegen eine – womöglich kurzatmige – »Prozeßpolitik« konnte sich Erhard auf Eucken, aber auch auf Röpke und Rüstow berufen. Mit dem Ende des Wiederaufbaus und der Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials seit 1960 wurden aber Konjunkturüberhitzung und schleichende Inflation für fast zwei Jahrzehnte zum Dauerproblem. Die Konjunktur war die Achillesferse der Erhardschen Wirtschaftspolitik.

Es ist reizvoll zu sehen, wie sich die offizielle Wirtschaftspolitik seit Mitte der fünfziger Jahre, auch unter dem Einfluß der zunehmend keynesianisch geprägten Wissenschaft, allmählich dem Gedanken der Konjunktursteuerung öffnet.⁴¹ Angefangen mit der Konjunkturdebatte von 1956 und den ersten, noch stark ordnungspolitisch ausgerichteten antizyklischen Maßnahmen über die von Erhard durchgesetzte Einrichtung des Sachverständigenrates, von dem er sich Unterstützung für seine Maßhaltappelle erhoffte, bis zum ersten Regierungsentwurf eines Stabilitätsgesetzes 1966, der noch ganz auf Konjunkturdämpfung zielt. Man würde gerne wissen, ob dieses Vorhaben von Erhard selbst angeregt war, oder ob es erst, worauf manches hindeutet, nach der Amtsübernahme durch Kurt Schmücker von Beamten des Wirtschaftsministeriums aus der Schublade geholt werden konnte. Nachdem Erhard das »Stabilisierungsgesetz« zunächst wohl nur als Handhabe sah, seine Maßhaltappelle durch Drohgebärden zu unterstreichen (»Wer nicht hören will, muß fühlen«), drängte er 1966 immer stärker auf die Verabschiedung des Entwurfs, um die Bundesbank, mit der er seit 1961 entzweit war, zur Einstellung ihrer Restriktionspolitik bewegen zu können. Alle gutgemeinten Anstrengungen standen aber unter dem Gesetz des »zuwenig und zu spät«. So entfremdete sich Erhard auch einem Großteil der liberalen Wirtschaftswissenschaftler, die auf die praktische Anwendung makroökonomischer Erkenntnisse drängten.

Von all dem ist in der neuen Biographie nicht die Rede. Hentschel begnügt sich damit, Erhard jede falsche Konjunkturprognose anzukreiden. Man fragt sich, wie sein Urteil über Karl Schiller ausgefallen wäre, der Anfang der siebziger Jahre den Kurs der Wirtschaftspolitik etwa jedes halbe Jahr um

41 Kurt-Dieter WAGNER u.a. (Bearb.), *Haushaltsreden. Heinz Starke, Rolf Dahlgrün, Kurt Schmücker. 1962 bis 1966*. Bonn 1995, S. 51-54. Jetzt auch: Norbert KLOTEN, *Makroökonomische Stabilisierungspolitik – Erhards Positionen und Vorbehalte*, in: *Erhard-Festschrift 1997* (wie Anm. 15), S. 99-129.

180 Grad änderte. Immerhin muß Hentschel – seinem Ansatz getreu – konzedieren, daß Erhard für die Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Daten in den sechziger Jahren genau sowenig verantwortlich war wie für die positive Entwicklung in den Fünfzigern.⁴² Es fehlt auch jeder Hinweis auf die Vorarbeiten zu wichtigen Reformen – Mehrwertsteuer, Haushaltsrecht, Finanzausgleich – die erst von der Großen Koalition verabschiedet wurden. Der Regierung Erhard fehlte die Kraft dazu. Doch war sie auf innenpolitischem Gebiet in nur drei Jahren ungleich fleißiger als die Kabinette Adenauers zwischen 1958 und 1963.

Aus heutiger Sicht sind die Versäumnisse der Wirtschaftspolitik in den sechziger Jahren deutlicher erkennbar als für die Zeitgenossen. Eine unterbewertete D-Mark ermöglichte immer neue Exporterfolge, die Überindustrialisierung wurde durch Übernachfrage getragen und durch Gastarbeiterimport gestützt, während eine konservierende Politik den Strukturwandel noch zusätzlich verlangsamte.⁴³ Eine Alternative hätte theoretisch darin bestanden, den (privaten) Kapitalexport zu fördern und das einheimische Arbeitskräftepotential durch rascheren Strukturwandel und Anreize zur regionalen und sektoralen Mobilität besser zu nutzen. Zu fragen wäre, ob Erhard die Probleme in ihrem Zusammenhang erkannte und über eine geschlossene Konzeption verfügte oder ob er sich nur auf die Bekämpfung von Symptomen beschränkte. Für die erste Deutung spricht sein Einsatz für die D-Mark-Aufwertung 1960/61 und sein ständiges Werben um Kapitalexport (auch in die Dritte Welt!), für die zweite, daß er ganz auf die Inflationsbekämpfung fixiert war, weshalb er die Tarifpartner mit Maßhalteappellen überschüttete und auf die Option einer Ersatzaufwertung mittels Anpassungsinfation verzichtete. Stoff für wirtschaftshistorische Kontroversen wäre jedenfalls auch für die scheinbar ereignislosen Jahre 1963 bis 1966 vorhanden.

Der Überblick über die Rolle Erhards als Zentralfigur des neoliberalen Spektrums ergibt *ein vielschichtiges Bild*. Selten war er Urheber und Anreger der Reformvorhaben, die von verschiedenen Seiten an ihn herangetragen wurden. Viele Anliegen machte er sich zumindest verbal zu eigen, ohne auf eine eigenständige Meinung zu verzichten, wie vor allem seine Zurückhaltung gegenüber der Vermögenspolitik wie allen gesellschaftlichen Struktur-reformen zeigt. Manche Projekte wurden selbständig von seinen Beamten vorangetrieben, vom Minister allenfalls zeitweilig unterstützt. Zu den sozialpolitischen Grundsätzen neoliberaler Provenienz – konkretere Vorstellungen gab es ohnehin nicht – leistete er Lippenbekenntnisse, ohne sich um ihre Umsetzung zu bemühen. Die Zurückdrängung der Selbstfinanzierung lag

42 V. HENTSCHEL, S. 614-616.

43 Ich lehne mich hier an die Darstellung von H. GIERSCHE u.a. (wie Anm. 5), S. 129-139, 180-184 an.

ihm wohl wirklich am Herzen. Doch seine Forderungen verhallten jahrelang fast ergebnislos, bis sich fleißige Verbündete ihrer annahmen.

Es ist leicht, Defizite und Versäumnisse bei der Umsetzung des marktwirtschaftlichen Programms festzustellen. Doch hätte es ohne Erhard überhaupt einen marktwirtschaftlichen Reformschub gegeben? Viele seiner Anhänger – deren Pflege er oft vernachlässigte und die er manchmal im Stich ließ – waren taktisch geschickter als er und beklagten, daß er es versäumte, sich in der CDU und im Parlament eine wirkliche Hausmacht zu schaffen. Kaum einer verfügte aber über den Mut oder die Naivität, auch dann öffentlich für ordnungspolitische Forderungen einzutreten, wenn sie unpopulär waren oder noch gänzlich unrealistisch erschienen. Die politische Kärnerarbeit überließ Erhard gerne anderen. Wer sie auf sich nahm, tat dies aber in der Überzeugung, einen überragenden Verbündeten zu haben. Gerade die Enttäuschung, die seine Freunde immer wieder äußerten, zeigt, welche hochgesteckten Erwartungen sie an ihn hatten. Die Ausrichtung an neoliberalen Positionen, auch wo sie doktrinär erschien, gab seiner Politik erst die Stetigkeit und den Zusammenhalt, ohne die er keine Leitfigur für andere hätte sein können.⁴⁴

Erhard machte liberale Positionen im Nachkriegsdeutschland wieder salonfähig. Sein Einfluß trug dazu bei, daß die Phase unkritischen Demand Managements in Deutschland nur ein knappes Jahrzehnt dauerte. Eine gewisse Anfälligkeit für ständische Ideologien teilte er mit den meisten seiner Landsleute. Er machte sich nicht einfach tagespolitische Forderungen von Unternehmerseite zu eigen und verzichtete auf eine kritiklose Verherrlichung des »freien Unternehmertums«. Das unterscheidet ihn von vielen seiner selbsternannten Epigonen. Der Satz, daß die Wirtschaft in der Wirtschaft stattfindet, wäre nicht über sein Lippen gekommen. Er war sich bewußt, daß Wettbewerb eine künstliche Veranstaltung ist und ständig neu ermöglicht werden muß. Es spricht für Erhards Qualitäten, daß er trotz seiner vielen persönlichen Schwächen – Hentschel übersieht keine – das Amt des Wirtschaftsministers auf eine Weise ausfüllte, die unerreicht geblieben ist. Seine Karriere wäre vor 1945 und nach 1950 nicht möglich gewesen; zu viel unterschied ihn vom »typischen« Politiker.

Eine klassische, auf den Menschen Erhard konzentrierte Biographie wäre eine undankbare Beschäftigung. Darin ist Hentschel zuzustimmen. Wünschenswert wären aber Einzelstudien, die die Umsetzung marktwirtschaftlicher Reformen in den verschiedenen Politikbereichen genauer analysieren. Solche Studien müßten sich davor hüten, Politik nur als das Wirken großer Einzelpersonlichkeiten darzustellen und die Gesetzgebung nur als Vollstreckung vorgefertigter wissenschaftlicher Modelle begreifen zu wollen.

44 Vgl. G. STOLTENBERG (wie Anm. 17), S. 123.

Wie oben gezeigt, würde man am Ende einer solchen Untersuchung wieder bei grundsätzlichen Fragen anlangen: War Erhard wirklich ein Neoliberaler, hatte er ein geschlossenes Weltbild? Oder übernahm er nur einzelne tagespolitische Forderungen neoliberaler Provenienz, deren Durchsetzung ihm sinnvoll erschien? Dirigierte er seinen ministeriellen Apparat virtuos oder war er nur dessen Galionsfigur? Wodurch gewann das Wirtschaftsministerium die beeindruckende Einheitlichkeit der politischen Linie, wie rekrutierte sich sein Personal, woher nahmen die Beamten ihre wirtschaftspolitischen Leitbilder?

Man kann Hentschel keinen Vorwurf daraus machen, daß er die Versäumnisse der bisherigen Forschung nicht auf einmal aufgearbeitet hat. Zu bedauern ist aber, daß er keinen Ansatz gewählt hat, der seine oft zutreffenden Erkenntnisse zu einem aussagekräftigen Gesamtbild vereinigt. Sein Buch hat vieles mit »Spiegel«-Artikeln gemeinsam, an deren Tonfall seine penetrante Ironie und Besserwisserei nicht zufällig erinnert: die »Fakten« sind akribisch recherchiert, auch gegen die Einzelbeobachtungen ist wenig einzuwenden. Das Gesamturteil bleibt dennoch an der Oberfläche. Hentschel weist nach, daß Erhard kein Übermensch und kein Genie war, daß er Schwächen hatte und Fehler machte, daß sein Wirken keineswegs für alle positiven Entwicklungen der Wirtschaft in der Nachkriegszeit ursächlich war. Aber wen hat er damit widerlegt? Vielleicht hat er das Idol politischer Sonntagsredner zertrümmert. Für die Wissenschaft wird sein Buch als Führer zu den Quellen und als solides Faktengerüst vorerst unverzichtbar bleiben. Die Anerkennung, die der Autor dafür verdient hätte, wird er sich bei vielen Lesern durch die Art der Darstellung verscherzt haben. Über kurze Passagen liest sich die Biographie ganz amüsant. Über 700 Seiten ist ihr Stil mindestens so ermüdend wie Erhards Rhetorik, über die sich der Verfasser bei jeder Gelegenheit lustig macht.

